

IdNr. 56 421 473 806
Steuernummer 204/225/20709
(Bitte bei Rückfragen angeben)

Finanzkasse
Bad Kissingen
97688 Bad Kissingen
Bibrastr. 10
Zi.Nr.: 112
Tel.: 0971 8021-515

Finanzamt, 63736 Aschaffenburg

EK Kanzlei Eva Konieczny
Rechtsanwältin
Postfach 70 02 03
70572 Stuttgart

Bescheid für 2016
über
Einkommensteuer
und
Solidaritätszuschlag
Feststellung des verbleibenden
Zuwendungsvortrags
nach § 10b Abs. 1 EStG

für
Herrn Michael Harink Wilhelmstr. 91a 63741 Aschaffenburg

Festsetzung**Art der Steuerfestsetzung**

Der Bescheid ist nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO geändert.
Er ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festgesetzt werden
ab Steuerabzug vom Lohn
verbleibende Steuer

A b r e c h n u n g (Stichtag 13.12.2017)
der Finanzkasse des Finanzamts Bad Kissingen

von der Finanzkasse ausgezahlt
mithin sind zu viel entrichtet

| Einkommen- steuer € | Solidaritäts- zuschlag € |
|---------------------------|--------------------------------|
| 122,00 3.069,00 | 0,00 165,34 |
| -2.947,00 | -165,34 |
| 1.720,00 | 91,15 |
| 1.227,00 | 74,19 |

Das Guthaben von 1.301,19 € wird erstattet auf das Konto mit der
IBAN DE97 7609 0500 0003 8043 99 bei Sparda-Bank Nürnberg.

g e s o n d e r t e F e s t s t e l l u n g nach § 10b Abs. 1 EStG

| | € |
|---|-----|
| Der verbleibende Zuwendungsvortrag wird zum 31.12. 2016 festgestellt auf | 0 |
| Berechnung des verbleibenden Zuwendungsvortrags | |
| verbleibender Zuwendungsvortrag zum 31.12. 2015 | 100 |
| im Kalenderjahr 2016 geleistete Spenden und Mitgliedsbeiträge nach § 10b EStG | 100 |
| ab im Veranlagungszeitraum abgezogen | 200 |
| verbleibender Zuwendungsvortrag | 0 |

Bescheid für 2016 über Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag
Feststellung des verbleibenden Zuwendungsvortrags nach § 10b Abs. 1 EStG
vom 21.12.2017

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

| | | € |
|--|--------------|----------|
| Einkünfte aus Gewerbebetrieb als Einzelunternehmer | 7.015 | |
| Einkünfte | <u>7.015</u> | 7.015 ✓ |
| Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit Bruttoarbeitslohn | 26.763 | |
| ab Werbungskosten | | |
| Wege Wohnung - erste Tätigkeitsstätte | | |
| Entfernungspauschale für 98 Tage | | |
| Wege mit Pkw | | |
| 92 Tage x 50 km x 0,30 | 1.380,00 | |
| 6 Tage x 51 km x 0,30 | 91,80 | |
| zusammen | 1.471,80 | |
| Entfernungspauschale | 1.472 | |
| abzügl. Fahrtkostenersatz | 57 | |
| insgesamt | 1.415 | 1.415 |
| Beiträge zu Berufsverbänden | 56 | |
| Aufwendungen für Arbeitsmittel | 896 | |
| Fortbildungskosten | 9.426 | |
| Reisekosten bei | | |
| Auswärtstätigkeiten | 442 | |
| übrige Werbungskosten | 7.587 | |
| Einkünfte | <u>6.941</u> | 6.941 ✓ |
| Summe der Einkünfte | | 13.956 ✓ |
| Gesamtbetrag der Einkünfte | | 13.956 |
| ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben | | |
| Summe der Altersvorsorgeaufwendungen | 5.005 | |
| davon 82 % | 4.105 | |
| ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung | 2.502 | |
| verbleiben | 1.603 | 1.603 |
| Beiträge zur Krankenversicherung | | |
| inklusive etwaiger Zusatzbeiträge | 2.222 | |
| ab Kürzungsbetrag nach § 10 Abs. 1 | 88 | |
| Nr. 3 Buchstabe a Satz 4 EStG | | |
| verbleiben | 2.134 | |
| Beiträge zur Pflegeversicherung | 382 | |
| Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 | 2.516 | 2.516 |
| Nr. 3 EStG | | |
| Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen | | 4.119 |
| unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben im Kalenderjahr 2016 geleistete Zuwendun- gen § 10b EStG | 100 | |
| Zuwendungsvortrag zum 31.12. 2015 | 100 | |
| im Veranlagungszeitraum abziehbar | 200 | 200 |
| gezahlte Kirchensteuer | 277 | |
| ab erstattete Kirchensteuer | 121 | 156 |
| Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben | | 356 |
| Einkommen / zu versteuerndes Einkommen | | 9.481 ✓ |

Bescheid für 2016 über **E i n k o m m e n s t e u e r** und Solidaritätszuschlag
Feststellung des verbleibenden Zuwendungsvortrags nach § 10b Abs. 1 EStG
vom 21.12.2017

Berechnung der Steuer

| | € |
|---|--------------|
| zu versteuern nach dem Grundtarif 9.481 | 122 |
| festzusetzende Einkommensteuer | 122 ✓ |

Berechnung des Solidaritätszuschlags

| | € |
|---|--------------------------------|
| Einkommensteuer | 122,00 |
| Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag freibleibender Betrag | 122,00 972,00 |
| Bemessungsgrundlage unter Berücksichtigung der Freigrenze davon 5,5 % Solidaritätszuschlag | 0,00 0,00 ✓ |

E r l ä u t e r u n g e n z u r F e s t s e t z u n g

Die Übernachtungskosten wurden iHv 5820 Euro berücksichtigt. ✓

Originalpapier nur, wenn dieser Hinweis im Grunddruck erscheint



Bescheid für 2016 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag
Feststellung des verbleibenden Zuwendungsvortrags nach § 10b Abs. 1 EStG
vom 21.12.2017

Dieser Bescheid ändert den Bescheid vom 26.09.2017 .
Hierdurch erledigt sich Ihr Einspruch/Antrag vom 27.09.2017 .
Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug der weiteren sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich (Neuregelung durch das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16.7.2009, Bundesgesetzblatt Teil I S. 1959).
Sollten Sie vermögenswirksame Leistungen angelegt haben, können Sie ggf. die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage noch bis zum 31.12.2020 beantragen.
Die Ergebnisse der Verarbeitung wurden zur elektronischen Übermittlung bereitgestellt.
Da Sie für Ihre Einkommensteuererklärung private Vordrucke verwenden bzw. die Steuererklärung elektronisch übermitteln, werden Ihnen bis auf weiteres keine amtlichen Einkommensteuer-Vordrucke mehr zugesandt.
Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z.B. für Erziehungsgeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Höhe des Grundfreibetrages (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)
- der beschränkten Abziehbarkeit von sonstigen Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG
- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Absatz 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der Berücksichtigung von Beiträgen zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen eines negativen Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG)
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG)

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08 -, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen.

Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein Einspruch ist daher insoweit nicht erforderlich.



Bescheid für 2016 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag
Feststellung des verbleibenden Zuwendungsvortrags nach § 10b Abs. 1 EStG
vom 21.12.2017

R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g

Die Festsetzung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und die gesonderte Feststellung des verbleibenden Zuwendungsvortrags nach § 10b Abs. 1 Sätze 3 und 4 i.V.m. § 10d Abs. 4 Sätze 4 und 5 EStG können mit dem Einspruch angefochten werden.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Hinweis: Entscheidungen in einem Grundlagenbescheid (z.B. Feststellungsbescheid) können nur durch Anfechtung des Grundlagenbescheids, nicht auch durch Anfechtung eines davon abhängigen weiteren Bescheids (Folgebescheid) angegriffen werden. Wird ein Grundlagenbescheid berichtigt, geändert oder aufgehoben (z.B. aufgrund eines eingelegten Einspruchs), so werden die davon abhängigen Bescheide von Amts wegen geändert oder aufgehoben.

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über "Mein ELSTER" (www.elster.de) zu übermitteln.

K i r c h e n s t e u e r

Die Kirchensteuer wird vom zuständigen Kirchensteueramt gesondert festgesetzt und abgerechnet.

A l l g e m e i n e s: Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden.

